

Karl-Heinz Paqué im Interview

Die Träume der Rechtspopulisten

05. Oktober 2015, aktualisiert 05. Oktober 2015, 16:47 Uhr



Die Rechtspopulisten erstarben in Dresden wieder. Quelle: dpa

von Torsten Riecke Quelle: Handelsblatt Online

Der liberale Vordenker Karl-Heinz Paqué spricht im Interview über die Verführung der Rechtspopulisten, die Abschottung gegen die Globalisierung und die Zukunftsangst der Deutschen.

Magdeburg Magdeburg ist für einen Liberalen wie eine politische Diaspora. „Der Sozialismus hat hier ganze Arbeit geleistet und das Bürgertum zerschlagen“, sagt Karl-Heinz Paqué und blickt aus dem Fenster seines Büros auf den Campus der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Für einen liberalen Vordenker und Vorkämpfer wie Paqué ist das vom Bürgertum verlassene Umland ein Ansporn. Der 58-Jährige war in Sachsen-Anhalt Finanzminister, lehrt jetzt in Magdeburg Wirtschaftswissenschaften und kämpft im FDP-Bundesvorstand und bei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die liberale Sache.

Herr Paqué, lassen sich die Liberalen gerade von den Rechtspopulisten verführen?

Wir haben heute in der Gesellschaft insgesamt eine rechtspopulistische Bewegung, die mit rückwärtsgewandten Ängsten arbeitet. Es gibt in Europa, aber auch in Deutschland eine relativ starke Zukunftsangst. Der

Rechtspopulismus träumt von einer Welt, die es nicht mehr gibt. Das halte ich für außerordentlich gefährlich.

Wie wollen sie als Liberaler dagegenhalten?

Liberale stehen für eine offene Gesellschaft im Sinne Karl Poppers. Zwar geht es heute nicht mehr wie zu Poppers (Anmerkung der Redaktion: Karl Raimund Popper, Philosoph) Zeiten darum, den aggressiven Totalitarismus zu bekämpfen. Wir erleben heute eher eine defensive Abschottung der Gesellschaft gegen die Globalisierung. In der liberalen Weltsicht hat das keinen Platz.

Woher kommen ausgerechnet jetzt diese Zukunftsängste?

Das kommt nicht plötzlich. Die Anti-Globalisierungsbewegung gibt es schon seit den Auseinandersetzungen in Genua 1999. Sie hat durch die Finanz- und Schuldenkrise enorm an Dynamik gewonnen. Heute kommt sie eben nicht mehr nur von Links, sondern auch von Rechts.

Wenn man auf den Streit in der Hayek-Gesellschaft und in der AfD schaut, hat man den Eindruck, liberal heißt heute vor allem nationalliberal und wertkonservativ.

Die AfD steht weit rechts. Bernd Lucke hätte es wissen müssen: Wer so laut und schrill auf den Euro und Europa schimpft, der zieht die Rechtspopulisten an wie ein Magnet. Lucke hat das zugelassen und ist damit untergegangen. Jetzt bleibt nur noch der rechtspopulistische Teil der AfD übrig.

„Der Liberalismus hält sich in Europa sehr stabil“

Die Liberalen kommen aber auch von links unter Druck.

Der Liberalismus als politische Kraft hält sich in Europa sehr stabil. Die liberale Fraktion im europäischen Parlament ist konstant die drittstärkste Kraft. Wenn die englischen Liberalen verlieren, dann gewinnen eben die Liberalen in Finnland, Estland oder Holland hinzu. Es gibt also keinen Trend gegen den Liberalismus und ich sehe auch nicht, dass der Platz in der politischen Mitte kleiner geworden ist. Im Gegenteil: Die Sozialdemokratisierung der anderen Parteien schafft immer wieder neuen Raum in der liberalen Mitte.

Bislang haben die Liberalen die Lücke jedoch kaum genutzt.

Doch. Es gibt so etwas wie eine „Radikale Mitte“, also Mitte aus liberaler Überzeugung und nicht aus ideologischer Verlegenheit. Schauen Sie zum Beispiel nach Österreich und dort auf den Aufstieg der liberalen Neos. Die haben sich gegen eine große Koalition und gegen die Rechtspopulisten etabliert. Und womit? Mit einer offenen, nach vorne gerichteten, pro-europäischen Haltung, die sich ausdrücklich gegen Fremdenfeindlichkeit

wendet. Die Neos sind eine urbane Partei, die sich zur Selbstverantwortung bekennt.

Die Neos als Vorbild für die FDP?

Ja, das ist genau die Richtung, die auch die neue FDP eingeschlagen hat, mit ersten Erfolgen bei den Landtagswahlen in Hamburg und Bremen. Bei uns gibt es ein politisches Milieu von vielleicht 20 bis 25 Prozent in der Bevölkerung, die sagt aus Überzeugung: Der Staat kann nicht alles machen, wir müssen selbst mit anpacken; und wir müssen den Einzelnen vor dem übermächtigen Staat schützen, und nicht umgekehrt.

Die liberalen Staatskritiker haben es nach dem Marktversagen der Finanzkrise nicht gerade leicht.

In Amerika gibt es eine libertäre Tendenz, den Staat kategorisch abzulehnen oder auf eine minimale Schutzfunktion zu beschränken. Für den Libertären gibt es nur den guten Markt und den bösen Staat. Das überzeugt mich als Liberalen überhaupt nicht. Der Staat hat aus meiner Sicht auch im liberalen Weltbild eine wesentliche Rolle als Rahmensetzer und nicht nur als Nachtwächter.

Das klingt, als hätten Sie jetzt ihren Frieden mit Vater Staat gemacht.

Die libertäre Kritik am Staat als Vormund ist ja richtig. Der Staat schränkt tatsächlich immer stärker die kreativen Spielräume für die Menschen ein. Er wird immer mehr zu einer bürokratischen, alles regulierenden Gouvernante. Da sind wir uns mit den Libertären einig. In den USA hat diese Distanz zum Staat eine lange und nachvollziehbare Tradition. Deswegen hat Amerika sein Silicon Valley, aber jeder hat auch sein Gewehr im Schrank. Die Freiheit hat also dort auch ihren Preis – in Form von viel Gewalt und vollen Gefängnissen.

Im Moment erleben wir in Deutschland eine emotional geführte Einwanderungsdebatte. Gilt auch hier die liberale Parole von der offenen Gesellschaft?

Wir werden mehr Zuwanderung brauchen, und wir brauchen dafür auch ein Einwanderungsgesetz. Wir brauchen die Offenheit wie sie zum Beispiel Kanada, Australien, Neuseeland oder die USA haben. Nicht nur aus demographischen Gründen, sondern auch, um das Land kulturell vielfältiger und attraktiver zu machen.

Und wie steht es mit Europa? Zum Thema Grexit gibt es von Liberalen sehr widersprüchliche Stimmen.

Die Grexit-Debatte wird in wenigen Wochen beendet sein. Das, was Schäuble im Moment macht, ist pure Taktik. Denn klar ist: Erpressung darf es nicht geben. Gleichwohl gilt: Wir haben das Land in den Euro aufgenommen, und nun müssen damit leben lernen. Dazu braucht Griechenland jene Reformen

der Marktöffnung, die jetzt mit der Regierung in Athen vereinbart werden. Ob es klappt, wissen wir alle nicht. Aber in Spanien und Portugal funktioniert es.

Sie glauben also weiter an Europa?

Es ist im Moment in Mode, auf Europa zu schimpfen. Selbst der Papst tut das vor dem europäischen Parlament und bekommt dafür auch noch riesigen Applaus. Auf der anderen Seite stehen Flüchtlinge vor den Toren Europas und wollen unbedingt zu uns. Das passt doch nicht zusammen.

„Eine Euro-Steuer halte ich nicht für sinnvoll“

Als Ökonom müssten sie „mehr Europa“ fordern, damit der Euro funktioniert. Als Liberaler müssten sie eigentlich für mehr Wettbewerb und weniger Gleichmacherei eintreten. Was gilt denn nun?

Wir können eine stärkere Koordinierung in der Finanz- und Wirtschaftspolitik erreichen, auch ohne einen europäischen Finanzminister. Wir brauchen keine Transferunion, sondern Ruhe durch makroökonomische Stabilität. Aber wir haben natürlich eine gewisse gemeinsame Haftung, wenn es wie in den letzten Jahren zu dramatischen Krisen kommt. Wir müssen eben die Schieflagen im Vorhinein vermeiden.

Eine Euro-Steuer lehnen Sie ab?

Einen Euro-Soli oder eine Euro-Steuer halte ich nicht für sinnvoll. Damit heizen wir nur zur Unzeit die Emotionen der Menschen an. Das ist politisch unklug.

Ein aktuelles Thema, zu dem Liberale meist schweigen, ist die wachsende Ungleichheit. Haben Sie auch dafür ein Rezept?

Unsere Gesellschaft wächst nicht mehr natürlich zusammen wie es in den 70er und 80er Jahren noch der Fall war. Insofern hat Thomas Piketty statistisch gesehen recht. Es ist aber bei weitem nicht so dramatisch, wie der französische Ökonom und andere es darstellen. Die Einkommensschere hat sich in den vergangenen Jahren nur leicht geöffnet. Und durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit ist dieser Trend in Deutschland sogar gestoppt worden.

Das klang bei dem großen Liberalen Ralf Dahrendorf aber noch ganz anders. Der hat davor gewarnt, dass der soziale Kitt unserer Gesellschaft bröckelt.

Der Trend zur Ungleichheit lässt sich langfristig überall beobachten, egal ob in Schweden oder in den USA. Das deutet daraufhin, dass die Politik nicht dafür verantwortlich ist. Wir haben es stattdessen mit einem grundlegenden Strukturwandel zu tun, bedingt durch technologische Veränderungen und die Globalisierung, die schlecht ausgebildete Arbeitskräfte benachteiligt.

Und die liberale Antwort auf das Problem?

Die liberale Antwort ist es, in der Bildungspolitik anzusetzen und darauf zu achten, dass niemand durchs Rost fällt. Im unteren Segment unseres Bildungssystems haben wir in der Vergangenheit gesündigt. Wir müssen nicht nur über Gymnasien reden, sondern auch über die Qualität der Grund- und Realschulen. Außerdem müssen wir aufhören, die akademischen Weihen als das einzig Wahre zu verherrlichen. Es ist doch die duale Berufsausbildung mit technischen Schwerpunkten, die uns in Deutschland vor hoher Jugendarbeitslosigkeit bewahrt hat.

Wie wollen Sie sich mit Ihren liberalen Botschaften, die ja für die Bürger anstrengend sind, gegen die Wohlfühl-Kanzlerin Angela Merkel Gehör verschaffen?

Die Deutschen befinden sich in einem ungewöhnlichen Gemütszustand der Selbstzufriedenheit. Ich bin sicher, dass die deutsche Selbstzufriedenheit bei vielen ein ungutes Gefühl auslöst. Vielleicht nicht bei der Mehrheit, aber doch bei jenen 20 Prozent, die für liberale Gedanken empfänglich sind. Irgendwie spüren diese Deutschen, dass wir in Europa und in der Welt mehr Verantwortung übernehmen müssen. Und irgendwie wissen viele auch, dass die gute wirtschaftliche Lage nicht ewig anhalten wird. Spätestens dann, wenn die riesige Baby-Boomer-Generation in Pension geht und wir dadurch an Innovationskraft verlieren.

Und was folgt daraus?

Die Liberalen müssen die Rolle der mahnenden Minderheit auch annehmen. Ich sage gerne: Wir müssen die Lufthoheit über die intellektuell-urbanen Stammtische zurückgewinnen. Wir hatten sie schon einmal – zu Zeiten Ralf Dahrendorfs in den siebziger und achtziger Jahren.

Herr Paqué, vielen Dank für das Interview.

Quelle: Handelsblatt Online